

**Offener Brief des Jugendhilfeausschusses sowie des Ausschusses für Bildung und Sport
der Landeshauptstadt Potsdam an die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport
des Landes Brandenburg**

Sehr geehrte Frau Ministerin Ernst,

als Mitglieder der fachlich zuständigen Ausschüsse der Landeshauptstadt Potsdam haben wir die Ankündigung aus Ihrem Haus zu geplanten Stundenkürzungen für Lehrkräfte in Schulzentren, für Flex-Klassen, für Teilungs-, Differenzierungs- und Ganztagsangebote sowie individuelle Förderung mit großer Bestürzung zur Kenntnis genommen.

Eine Umsetzung dieser Kürzungen konterkariert nicht nur die jahrelange Arbeit der Pädagog:innen, Erzieher:innen und Sozialarbeiter:innen im Bildungssystem – sie gefährdet vor allem Bildungsgerechtigkeit und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen nachhaltig. In dieser Einschätzung wissen wir uns einig mit Gewerkschaften, Eltern und Schüler:innen sowie den vielen Akteur:innen der Jugendhilfe, die im System Schule aktiv sind.

Wir protestieren entschieden gegen die Umsetzung dieser Kürzungen und fordern Sie nachdrücklich auf, von diesen Plänen Abstand zu nehmen!

Gerade die Lehrerwochenstunden-Kontingente zur Förderung und Integration ermöglichen vielen Kindern und Jugendlichen erst, die curricularen Angebote der Schule für sich schöpferisch nutzen zu können. Die Einschränkungen während der Pandemie, der Krieg in der Ukraine mit einer großen Zahl geflüchteter Kinder und Jugendlichen mit ihren Familien – all das fordert unsere Schulen bis an ihre Grenzen und zum Teil auch darüber hinaus. Fragen von Chancengerechtigkeit und Perspektiven in einer sich rasant verändernden Gesellschaft betreffen in besonderem Maße Schüler:innen an Grund- und weiterführenden Schulen. Hier werden Klassenteilungen, Flexklassen und Ganztagsangebote dringend für die Kompetenzentwicklung junger Menschen und ihre individuelle Förderung benötigt. Die pädagogischen Möglichkeiten der Lehrkräfte beispielsweise durch Förderstunden und kleinere Arbeitsgruppen können nicht durch Umverteilung an andere Professionen kompensiert werden.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Arbeit im System Schule mit ergänzenden Angeboten der Jugendhilfe zu unterstützen und damit auch Defizite in der Unterstützung durch das Land zu kompensieren. Es ist gelungen, alle staatlichen Schulen mit Schulsozialarbeiter:innen auszustatten. Zusätzliche Projekte werden umfangreich über das städtische Förderprogramm PLUS realisiert. Diese Unterstützung reagiert in besonderem Maße auf die bereits bestehenden Herausforderungen im Schulalltag entsprechend der Vorgaben des KJSG. Sie trägt durch präventive pädagogische Angebote für alle Schüler:innen dazu bei, zukünftigen Problemlagen vorzubeugen. Weder in ihrer inhaltlichen Ausrichtung noch in ihren Kapazitäten ist sie aber für Krisenintervention und unterrichtliche Förderung ausgerichtet und geeignet.

Durch die von Ihnen beabsichtigte Absenkung der Lehrkräftestellen gerade in diesen sensiblen Arbeitsfeldern würde unsere Arbeit komplett konterkariert. Eine ohnehin

herausfordernde Situation für alle Beteiligten droht in den Krisenmodus zu kippen. Die Erfolge eines über Jahre in intensiven fachlichen Prozessen und unter Einbindung aller relevanten Akteure aufgebauten Unterstützungs-Systems würden zunichte gemacht. Das können, wollen und werden wir nicht akzeptieren!

Mit diesem Brief schließen wir uns den Protesten der GEW, des Fachverbandes BPV und den Initiativen von Kindern, Jugendlichen und Eltern ausdrücklich an und fordern Sie auf:

Nehmen Sie Abstand von den geplanten Stundenkürzungen! Arbeiten Sie stattdessen an Plänen für einen Ausbau der multiprofessionellen Arbeit an Schulen durch zusätzliche Stellen zur Stärkung sozial- und sonderpädagogischer sowie schulpsychologischer Unterstützungssysteme und Entlastung von Verwaltungsarbeit, damit eine Entwicklung zu mehr Chancen- und Teilhabegerechtigkeit und zu Inklusion möglich wird – für alle Schülerinnen und Schüler in Brandenburg!

Mit freundlichen Grüßen

für den Jugendhilfeausschuss
Timo Reimann
Vorsitzender

für den Ausschuss für Bildung und Sport
Tina Lange
Vorsitzende